Dr. Arne Duncker

RECHTSANWALT

Landesarbeitsgericht Niedersachsen
Siemensstraße 10
30173 Hannover

Hauptstraße 8 B
38527 Meine
Telefon 05304-911195
Mobil 0160-92338544
Fax 05304-911197
Aktenzeichen: 3546.12.A
Meine, den 23.12.2013

- vorab per Fax; 0511-80708-25 -

Dr. Standt ./ Volkswagen AG; Az. 13 Sa 1455/12 (vormals ArbG Braunschweig 1 Ca 164/12)

Auf Veranlassung des Klägers wird ergänzend noch auf rechtserhebliche Gesichtspunkte und offenkundige logische Widersprüche hingewiesen, die sich aus dem bisherigen Sachverhaltsvortrag der Berufungsklägerin ergeben:

- Zeit-Werte werden seit spätestens 2000 gebildet und genießen eigentumsrechtlichen Schutz bzw. Bestandsschutz,

- die Berufungsklägerin nimmt die Abrechnung der Zeit-Werte, auch der vor 2004 gebildeten, zu Lasten des Berufungsbeklagten auf der Basis eines „Leitfadens“ vor, der auszugsweise im Verfahren vor dem Braunschweiger Arbeitsgericht (1 Ca 164/12 – dort das Dokument B10 – „ZWP-Leitfaden“) von der damaligen Beklagten und jetzigen Berufungsklägerin vorgelegt wurde. Dieser Leitfaden stammt von 2004, es wurde hierbei auch die Gehaltstabelle von 2004 verwendet. Die Berechnungsformel wurde dem Berufungsbeklagten unbestritten erst 2012 zugänglich gemacht, obwohl er ebenso unbestritten seit 2008 nach der Berechnungsformel gefragt hatte und den entsprechenden Schriftverkehr bereits zu Händen der Gerichte in den Prozeß eingeführt hat.

- Im jüngsten Schriftsatz der Berufungsklägerin wird nun ein vermeintlicher Leistungsbeitrag der Mitarbeiter auf der Basis der weder 2000 noch 2004 geltenden, sondern erst ab 2006 eingeführten Wochenstundenzahlen berechnet.

Aus rechtlicher Sicht ist hier folgendes anzumerken:

1. Zur Anwendung des Leitfadens auf bis 2012 erworbene (hilfsweise jedenfalls auf bis 2004 erworbene) Zeit-Werte:

Ein erst 2004 erstellter (unveröffentlichter) Leitfaden, dessen Rechenformel erst 2012 zugänglich gemacht wurde, wird hier in Form einer Rückwirkung nachträglich zu Lasten des Arbeitnehmers auf seine in den Jahren zuvor, mindestens seit 2000, erworbenen Anrechte angewandt. Diese werden nachträglich entwertet bzw. enteignet.

Selbst wenn die Abrechnung der Zeit-Werte gem. Leitfaden grundsätzlich statthaft wäre (was allerdings, wie bereits vorgetragen, nicht der Fall ist), ist hier der rechtserhebliche Gesichtspunkt des Eigentumsschutzes, Bestandsschutzes und Vertrauensschutzes für die vor Erlaß des Leitfadens gesammelten Zeit-Werte einzubeziehen. Diese vor 2004 gesammelten und bei Erstellung des Leitfadens bereits bestehenden Zeit-Werte werden nun durch eine erst nachträglich vorgenommene ungünstige Berechnung entwertet bzw. enteignet. Hiervon konnten die Betroffenen in den Jahren bis 2004 nichts wissen.

Im Falle des Berufungsbeklagten kommt hinzu, daß er auch in den Jahren 2004-2012 nichts von der für ihn ungünstigen Berechnung erfahren konnte, weil die Berufungsklägerin ihm diese trotz vielfacher Nachfrage verheimlichte. Damit genießen auch seine in diesem Zeitraum vor Mitteilung der Berechnungsformel gesammelten Zeit-Werte Vertrauensschutz.

2. Zur Berechnung des vermeintlichen Leistungsbeitrages auf Basis der erst seit 2006 gültigen Wochenstundenzahlen:

Das Gericht hatte der Berufungsklägerin aufgegeben, eine Begründung für die Ungleichbehandlung der Mitarbeiter bei der Rückrechnung von Zeitwertguthaben in bezahlte Freistellung zu liefern.

Als Begründung machte die Berufungsklägerin hier nun im Wesentlichen die Rechnung auf, daß die Mitarbeiter im direkten Bereich einen Leistungsbeitrag von

$$2,5 \text{ min/h} \times 33 \text{ Wochenstunden} = (\text{umgerechnet}) 1,375 \text{ Stunden/Woche}$$

hätten. Dies würde (sogar) den Leistungsbeitrag der Mitarbeiter im indirekten Bereich von 1,2 Stunden übersteigen.

Diese Rechnung der Berufungsklägerin ist aus mehreren Gründen unzulässig.

- Die 33 Wochenstunden wurden erst 2006 eingeführt, der ZWP-Leitfaden ist jedoch älter (von 2004) und basiert auf 28,8 Wochenstunden. Somit kann nur die Berechnung aus unserem Schriftsatz vom 21.11.2013:

$$28,8 * 2,5 = 72 \text{ Minuten} = (\text{umgerechnet}) 1,2 \text{ Stunden/Woche}$$

gelten. Dies entspricht auch exakt dem Leistungsbeitrag, den die Mitarbeiter im indirekten Bereich 1993 auferlegt bekamen.

Die Berufungsklägerin versucht hier **im Nachhinein** durch die unzulässige Verwendung der Wochenstundenzahl aus dem Tarifvertrag von 2006 die fehlerhafte Rechenvorschrift der Personalabteilung zu rechtfertigen, also einen auf rechnerisch ganz anderer Grundlage stehenden Sachverhalt von 2004. Diese Verwendung der heutigen längeren Arbeitszeit (anstatt der im ZWP-Leitfaden sowie zum Zeitpunkt des Wegfalls der

bezahlten Pause im direkten Bereich geltenden Arbeitszeit) als Basis der Berechnung des Leistungsbeitrages für die Mitarbeiter im indirekten Bereich erweckt den Verdacht eines Täuschungsversuchs der Berufungsklägerin.

- Die Berechnung der Berufungsklägerin, wonach ein Leistungsbeitrag der Mitarbeiter im direkten Bereich aus der Wegnahme der bezahlten Pause von 33 Wochenstunden konstruiert wird, ist weiterhin unzulässig, weil 2006 die Arbeitszeit der Mitarbeiter im direkten Bereich von 28,8 Wochenstunden ohne eine bezahlte Pause auf 33 Wochenstunden heraufgesetzt wurde. Die zusätzlichen 4,2 Wochenstunden beinhalten eben gerade keinen Leistungsbeitrag in Form eines Wegfalls einer (weiteren) bezahlten Pause. Diese bezahlte Pause war 2006 bereits Tarifgeschichte. Eine nicht mehr vorhandene Pausenzeit konnte 2006 eben nicht mehr (fiktiv) erhöht werden.

Mithin ist die von der Berufungsklägerin vorgelegte Berechnung als Begründung für die Benachteiligung der Mitarbeiter im indirekten Bereich verfälscht, es entsteht hier der Verdacht, daß über die tatsächliche Stundenzahl getäuscht wird.

Um die Ungleichbehandlung gem. Leitfaden von 2004 zu rechtfertigen, wird ein Sachverhalt von 2006 herangezogen, auf den sich der Leitfaden aber noch gar nicht beziehen konnte.

Beglaubigte und einfache Abschrift anbei (folgen per Briefpost).

(Dr. Duncker)
Rechtsanwalt